

**Niederschrift**

15. Plenarsitzung des Gemeinderates
29. September 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

22.

Punkt 22 der Tagesordnung: Inklusives Wohnen**Antrag: SPD****Vorlage: 2020/0965****Beschluss:**

Verwiesen in den Sozialausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 22 zur Behandlung auf.

Stadtrat Zeh (SPD): Im Frühjahr haben wir im Arbeitskreis Wohnen von der SPD eine Diskussion über die Landesbauordnung gehabt, die schreibt barrierefreie Wohnungen bis zu einem gewissen Prozentsatz vor. Darunter wird natürlich verstanden, dass Rollstuhlfahrer auch in der Wohnung leben können. Das führt zu höheren Baukosten, weil die Türen breiter und die Bäder anderes gemacht werden müssen, aber die SPD ist ganz klar für diese Vorschrift, dass barrierefreie Wohnungen erstellt werden müssen. Aber dann ging die Diskussion weiter, wie es mit den anderen Menschen mit Handicap aussieht, beispielsweise den hörgeschädigten Menschen. Es ist klar, Rauchmelder und Klingeln können sie nicht hören, es müssen optische Signale in allen Räumen sein, auch eine Gegensprechanlage eignet sich nicht, es muss einen optischen Kontakt nach Außen geben. Das sind nur ein paar Beispiele, die jedem einfallen, aber die Expertinnen und Experten sind die Menschen, die solche Handicaps haben. Wir haben auch in anderen Städten geschaut, dort haben teilweise soziale Organisationen einzelne Häuser komplett barrierefrei für alle Bewohner gemacht. Das wollen wir nicht, wir wollen ein integratives Wohnkonzept, sodass jeder in seiner Umgebung und seinem Stadtteil leben kann. Von daher haben wir diesen Antrag gestellt, damit wir solche Konzepte forcieren. Sie sind nicht so teuer wie barrierefreie Wohnungen à la Bauordnung, aber sie erfordern trotzdem auch Aufwand. Nicht jedes Haus und jede Wohnung wird dafür geeignet sein, es entstehen Kosten und die Hauseigentümer müssen dazu Willens sein, deswegen kamen wir auf die Volkswohnung aber auch alle Genossenschaf-

ten. Wir sind für die Antwort der Verwaltung und des Sozialbürgermeisters dankbar, dass ein Konzept entwickelt und im Sozialausschuss vorgestellt wird. Wir sind dann gespannt, was alles der Verwaltung und vor allem dem Behindertenbeirat, den man hier auch zur Mitarbeit aufgefordert hat, einfällt.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Die Fraktion der GRÜNEN begrüßt selbstverständlich den Antrag und die Antwort der Stadtverwaltung. Um Menschen mit Behinderungen beziehungsweise Einschränkungen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen auch wir den Menschen ein selbständiges Wohnen in der eigenen Wohnung so lange wie möglich ermöglichen beziehungsweise einen entsprechenden Hilfeleistungskatalog anbieten. Eines ist jedoch klar, wir müssen das Thema weitaus größer denken als im Antrag beschrieben oder in der Antwort der Stadtverwaltung angedacht. Wir müssen von Anfang an in einen Bau von barrierefreiem und nicht nur barrierearmem Wohnraum investieren. Das fängt vom barrierefreien Zugang in das Haus an und endet in der barrierefreien Fortbewegung in der eigentlichen Wohnung. Hier sehen wir die Volkswohnung in einer besonderen Vorbildfunktion.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Wir begrüßen es auch, dass der Sozialausschuss sich noch mal ausführlich mit dem Thema beschäftigt und die Stadtverwaltung mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen ein Konzept erstellen wird, das ist sehr wichtig und unerlässlich. Das Thema wird immer wichtiger, die Kollegen Vorredner haben es auch schon gesagt, weil die Menschen heutzutage so lange wie es nur geht in ihrer Wohnung bleiben wollen, bevor sie dann ins Pflegeheim wechseln. Auch Menschen mit besonderen Behinderungsformen möchten das gleiche Recht haben, in ihrer Umgebung zu bleiben. Deswegen begrüßen wir es, dass an diesem Konzept gearbeitet wird. Meine Fraktion möchte ausdrücklich sagen, dass natürlich die Volkswohnung als städtische Wohnungsbaugesellschaft hier eine große Rolle spielt. Wir möchten aber, dass versucht wird, alle anderen Beteiligten am Wohnungsmarkt in Karlsruhe, ob das jetzt die Wohnungsbaugenossenschaften oder auch die großen privaten Investoren sind, hier miteinzubeziehen, weil das eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, um die es hier geht, und die Volkswohnung kann das Thema alleine nicht stemmen. Das ist uns ganz wichtig, dass ich hier noch mal darauf hinweise, und alles Weitere besprechen wir dann im Sozialausschuss. Das ist mit diesem Konzept der richtige Weg.

Stadtrat Jooß (FDP): Es ist schön und gut, dass die Stadt alle Player im Blick hat, die Volkswohnung und alle im Immobilienbereich Tätigen und Aktiven, aber besonders den Behindertenbeirat. Das Wesentliche geht vor allem im Neubaubereich, im Bestand ist es wesentlich schwerer, hier muss zum Beispiel Haus und Grund Aufklärungsarbeit leisten und schauen, was für Förderungsmöglichkeiten und steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten es gibt. Dann wäre schon sehr viel getan.

Der Vorsitzende: Frau Stadträtin, war das jetzt eine Wortmeldung oder nicht? Ich habe Ihre Gestik nicht verstanden.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Es ist ein so wichtiges Anliegen, dass ich selbst ganz überrascht bin, dass es das bisher noch nicht gab, denn eine Wohnung ist eines der wichtigsten Aspekte für die gleichberechtigte Teilhabe für ein eigenständiges Leben. Ich habe das besonders aus der Perspektive von jungen Menschen mit Behinderungen erlebt, wie wichtig das Ausziehen aus dem Zuhause und auch ein selbständiges Leben unabhängig von den Eltern ist. Das ist natürlich genauso wichtig wie für Menschen ohne Behinderungen. Gleichzeitig stellt das Angebot in

Karlsruhe sehr viele Hürden, um ein selbständiges Leben zu starten, es ist auf jeden Fall nicht ausreichend. Ich habe es im eigenen Bekanntenkreis erlebt, wie langwierig der Kampf um eine passende Wohnung sein kann, und wie groß das Glück ist, wenn es dann geklappt hat. Ich finde es sehr gut, die besonderen Bedürfnisse bei der Gestaltung allgemein in ein Konzept zu bringen und dieses Bewusstsein zu stärken und auch Wissen zusammenzubringen, was wir im Behindertenbeirat auf jeden Fall haben, um auch explizit diese Anliegen zu fördern. Wohnumfeldgestaltung, die auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnitten ist, sollte nicht im Kampf der Betroffenen liegen. Ich bin sehr begeistert, dass es so viele Zusagen zur Mitarbeit gab, das zeigt auch, dass hier ein Nerv getroffen wurde, und ich freue mich auf die Ergebnisse.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen, der Vorschlag war, dass das Konzept im Sozialausschuss vorgestellt wird, und dem haben sich jetzt alle angeschlossen. Dann können wir so verbleiben.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
23. Oktober 2020